

Stellungnahme zum Bundeshaushaltsplan 2025

Die Stellungnahme erfolgt anlässlich des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushaltsplan 2025, in dem erhebliche Kürzungen der Mittel für Forschung und Technologie (F&T) vorgesehen sind.

Mit Blick auf den aktuellen Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsplan 2025 möchten wir unsere Besorgnis über die geplante signifikante Reduzierung der Mittel für F&T erneut hervorheben.

Die geplanten Kürzungen betreffen sowohl laufende F&T Projekte als auch künftige Verpflichtungen und stellen eine Bedrohung für die Entwicklung von Schlüsseltechnologien dar, die für die nationale und europäische Souveränität unverzichtbar sind.

Während andere Länder stark in Forschung und Entwicklung investieren, um ihre technologische Vorreiterrolle in zukünftig marktverfügbaren Produkten zu sichern, droht Deutschland durch diese Planungen ins Hintertreffen zu geraten.

Insbesondere in Zeiten sich wandelnder Bedrohungsszenarien und neuer technologischer Herausforderungen ist es von zentraler Bedeutung, dass in den kommenden Jahren verstärkt in militärische Forschung und Entwicklung investiert wird. Ohne eine angemessene Finanzierung besteht die Gefahr, dass Deutschland in technologischer Hinsicht den Anschluss an internationale Entwicklungen verliert und in eine zunehmende Abhängigkeit von ausländischen Technologien gerät.

Die Kürzung der F&T-Mittel gefährdet die Bewahrung nationaler Kernkompetenzen in zentralen Schlüsseltechnologien und schwächt Deutschlands Rolle als technologischer Vorreiter. Angesichts der beschleunigten technologischen Entwicklungszyklen, die durch aktuelle globale Konflikte vorangetrieben werden, ist eine Erhöhung der F&T-Mittel notwendig, um die technologische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Eine starke und zukunftsorientierte nationale Forschung und Entwicklung ist unverzichtbar, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu gewährleisten und seine technologische Souveränität zu sichern. Deshalb ist es entscheidend, die F&T-Mittel in Einklang mit den sicherheitspolitischen Anforderungen aufzustocken, um künftige Herausforderungen bewältigen zu können.



Bundesverband der Deutschen
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Die geplanten Kürzungen sind nicht nur kurzfristig, sondern auch strategisch riskant. Langfristig könnte dies die technologische Unabhängigkeit und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas massiv schwächen.

Berlin, den 01. September 2024